

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nr. 6.— M. Durch Austräger 30.— M. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionsprecht. 5.— 8 Nachm. Postkontingentsgesellschaft f. d. Provinz Schlessen, c. O. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Dienstag, 17. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltenen 10 Millimeterzeile über deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Kleinanzeigen pro Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die 10 Millimeterzeile 8 gespalten über deren Raum für Text 30.— M.

Die Reaktionsbestie leckt Arbeiterblut.

Blutsonntag in Berlin — 2 tote Arbeiter — Reaktionäre Mörder werden von sozialdemokratischen Staatsbeamten geschützt — Die Breslauer „Volkswacht“ gegen Sebering.

Am Sonntag floh in den Straßen Berlins Arbeiterblut. Die Reaktionäre wagten es, die Arbeiter zu provozieren und ein blutiges Gemetzel zu veranstalten, dem 2 Arbeiter zum Opfer fielen. Die von den Beherrschungssozialisten gestreute Saat ist aufgegangen. Sie trägt heute die blutigen Früchte des Arbeitermordes.

Die Reaktionäre sehen, daß ihnen nach dem Rathenaumorde kein Haar gekrümmt wurde. Sie wußten, daß sie von der Regierung, trotz der sozialdemokratischen Minister, nichts zu befürchten hatten. Darum konnten es die auf dem Papier aufgelösten Orgeschanden wagen, erneut die Arbeiter zu provozieren, wieder Arbeiter zu morden.

Am vergangenen Sonntag fanden in Berlin blutige Unruhen zwischen Arbeitern und bewaffneten Orgeschanditen statt, bei denen nach bisherigen Meldungen 2 Arbeiter getötet wurden. Anlaß dazu gab folgendes:

Der „Bund für Freiheit und Ordnung“, d. h. die aufgelöste Orgesch, an dessen Spitze der berühmte Freikorpsführer von Hülsen steht, hatte zum Sonntag vormittag nach dem Zirkus Busch eine Kundgebung einberufen, die nichts anderes als

eine bewaffnete Orgeschparade

sein sollte. Das geht deutlich aus dem Geheimbefehl hervor, den der Bund noch vor der Kundgebung an den Berliner Selbstschutz — auch eine reaktionäre Mörderorganisation — erließ, nachdem die „Rote Fahne“ die Berliner Arbeiterschaft aufgefordert hatte, die Orgeschparade zu verhindern. Der Geheimbefehl lautet:

„Sämtliche Gruppen des Berliner Selbstschutzes sind am Sonntag vormittag mobilisiert. Sammlung in den Stadtteilen. Geschlossener Aufmarsch um zehn Uhr vormittags an der Wasserseite des Zirkus Busch. Bewaffnung, wie für diese Fälle vorgesehen. Gegen die anwesenden Arbeiter ist energig vorzugehen. Besondere Rücksichtslosigkeit empfiehlt sich gegen jüdisch aussehende Kommunisten.“

Nachdem so klar zutage trat, daß die Orgeschleute eine Provokation der Arbeiter beabsichtigten, wurden die getroffen. Eine Funktionärversammlung der Berliner Kommunistischen Partei richtete folgenden Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft Berlins:

Am Sonntag, den 15. Oktober, will die Orgesch frech und provokatorisch, möglicherweise auch bewaffnet, am Zirkus Busch aufmarschieren. Die Funktionärversammlung der KPD. Berlin fordert alle Klassenbewußten Proletarier auf, sich diese freche Provokation nicht bieten zu lassen. Die Funktionärversammlung fordert die Berliner Arbeiter auf, den Zirkus Busch zu besetzen und keineswegs die nationalfeindliche Bestie zu dulden.

Gleichzeitig fordert die Funktionärversammlung die Arbeiter der KPD. auf, ihre Parteigenossen, den Polizeipräsidenten Richter und den Innenminister Sebering zu folgen, die deutschnationalen Mörderbände auseinander zu treiben.

Die Arbeiterschaft hat keinen Anlaß, zu warten, bis neue Banditen erst durch ihre Schüsse das Signal für eine „Militär“ der sozialdemokratischen Minister geben. Jetzt muß schon die Gefahr unterbunden werden, nicht erst dann, wenn Arbeiter für die laienhafte Haltung der Staatsfunktionäre mit ihrem Blut büßen müssen.

Unser Zentralorgan, die Berliner „Rote Fahne“, hat wiederholt auf die nahende Gefahr aufmerksam gemacht und gefordert, daß die reaktionäre Mörderparade verboten wird.

Die Schuld der KPD.

Wie in der Zeit der Regimentsfeiern vor dem Rathenaumord, so waren auch jetzt die Behörden taub. Trotzdem sie es in der Hand hatte, unterließ es die KPD, von ihren Genossen Richter und Sebering zu verlangen, die „Kundgebung“ zu unterbinden. Mehr als das, sie duldet die Unterstützung der Reaktionäre durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter. Der Berliner Polizeipräsident teilte

In letzter Zeit ist mehrfach von linksradikaler Seite eine planmäßige Störung vieler nichtkommunistischer Versammlungen organisiert worden. In ähnlicher Weise wird jetzt wieder von der kommunistischen „Roten Fahne“ zur Störung einer Kundgebung des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ aufgefordert. An der Spitze dieses Bundes steht ein bekannter völksparteilicher Abgeordneter, und in dem Vorstand sitzen außer einem deutschnationalen Abgeordneten auch ein Zentrum-Abgeordneter und ein demokratischer Abgeordneter. Die Kundgebung wird zu Unrecht damit verächtigt, daß es sich um den „bewaffneten Aufmarsch der Orgesch“ handle. Planmäßige Versammlungsstörungen, die von linksradikaler Seite auch in diesem Falle wieder beabsichtigt zu sein scheinen, enthalten eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßig gewährleisteten Versammlungsfreiheit. Es werden daher in diesem Falle, wie in allen ähnlichen Fällen, Maßnahmen getroffen werden, um die Versammlungsfreiheit polizeilich zu schützen.

Statt also die Abwehrmaßnahmen des Berliner Proletariats zu unterstützen, traf die Berliner Polizei, deren Präsident der Sozialdemokrat Richter ist, Maßnahmen gegen die Arbeiter, zur Unterstützung der Reaktionäre. Die Schuld daran fällt mit ihrer ganzen Schwere auf die KPD. Sie hat die Verantwortung für das Blutbad zu tragen.

Die Zusammenstöße.

Als die Gegendemonstration der Arbeiter beim Zirkus Busch ankam, war bereits ein großer Haufen Orgeschjünger zum Eingriff bereit. Der Sozialdemokrat trat den Demonstranten gleich in provokatorischer Weise entgegen und im Handumdrehen war das Handgemenge fertig. Die Schupo stellte sich sofort auf seiten der Orgesch und hieb mit Gummiknüppeln und mit dem blanken Seitengewehr und dem Gewehrkolben auf die Menge ein. Nachdem genügend Verstärkung erschienen war, wurden die Straßen abgesperrt. Nur diejenigen durften passieren, die schwarz-weiß-rote Abzeichen und Hakenkreuze trugen und sich durch Ausweis als Angehörige des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ legitimieren konnten.

Bei den Kämpfen zwischen Hakenkreuzlern und Arbeitern gab es sehr viele Verletzte und — wie bis jetzt bekannt ist — 2 Tote.

Die Toten sind Arbeiter!

Keiner der Orgeschjünger ist ums Leben gekommen. Nur Arbeiterleben sind vernichtet. Die Reaktion kann wieder triumphieren. Sie hat eine Schlacht der Arbeiter provoziert und sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Staatsfunktionäre und deren ausführenden Organen siegreich bestanden!

Das ist das Ergebnis des Blutsonntages in Berlin.

Die Pressehure lügt.

Die Unruhen sind der berüchtigten Generalanzeigerpresse wieder einmal ein willkommenes Anlaß, die revolutionäre Arbeiterschaft zu besudeln. Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ melden über die Unruhen, es seien goldene Uhren, Brieftaschen, Portemonnaies und sogar Schlüsselbünde gestohlen worden. Diesen Schmocks kommt es natürlich nur darauf an, die Arbeiter zu verleumdern und mit Rot zu betreiben. Dafür, wie sie dabei lügen, nur ein Beispiel. Der Breslauer Generalanzeiger berichtet schauerlich, die Kommunisten hätten einen Beamten einen Herztisch beigebracht und einem anderen Beamten den Schädel gespalten. Einige Zeilen später berichtet dasselbe Blatt, daß die zu beklagenden Toten nur 2 Arbeiter sind. Was aber ist aus den Beamten mit durchstochenem Herz und gespaltenem Schädel geworden? Leben sie noch?

Sie ist sich die ganze bürgerliche und sozialdemokratische Presse darüber, daß die Ruhestörer Kommunisten waren.

Die „Volkswacht“ gegen ihre Genossen.

Die Breslauer „Volkswacht“ schreibt über die Berliner Unruhen nach:

„Das Verhalten der verantwortlichen Behörden erscheint uns unverständlich. Seit wann ist es üblich, daß man ganze Straßenzüge absperrt, und nur passieren läßt, wer schwarz-weiß-rote Abzeichen und Hakenkreuze trägt und sich durch einen Ausweis des Bundes für Ordnung und Freiheit legitimieren kann? Konnte die Versammlung nicht einfach verboten werden, weil man wußte, was die Kommunisten vorhaben? War in der Öffentlichkeit immer wieder der

Eindruck erweckt werden, als seien die Anhänger der Rathenaumörder die Lieblinge der Republik?

Kindlicher Unverstand! Das Verhalten der Behörden ist nicht unverständlich, sondern unverantwortlich. Verständlich ist es schon; den Behörden kam es ebenso wie den Orgeschiten, auf Provokation der Arbeiter an. Es wird in der Öffentlichkeit nicht nur der Eindruck erweckt, es ist tatsächlich so, daß die Rathenaumörder und ihre Anhänger die Lieblinge der republikanischen Behörden sind. Die „Volkswacht“ möge doch ihre Parteigenossen Richter und Sebering fragen, warum die Versammlung nicht verboten wurde.

Es ist bezeichnend, daß die Behörden, denen die „Volkswacht“ indirekt einen Teil der Schuld zumißt, von sozialdemokratischen Führern geleitet werden, die nunmehr wieder ihre Finger mit Arbeiterblut besudelt haben.

Der Racheefeldzug gegen die Arbeiter.

Der Racheefeldzug gegen die revolutionären Arbeiter legt ein. Zahlreiche Angehörige des proletarischen Gesundheitsdienstes, die bei den Unruhen den Verletzten Hilfe brachten, sind verhaftet worden.

Sie sollen, ebenso wie die Arbeiterführer nach dem Rathenaumord, in Haft genommen werden.

Und schon verkünden die reaktionären Blätter triumphierend:

Gegen diejenigen, welche die kommunistische Aktion inszeniert haben, wird das Strafverfahren wegen Landfriedensbruches und Aufforderung zu strafbaren Handlungen eingeleitet werden.

Nun kann die Rachejustiz wieder toben. Vielleicht kommt ihr Fritz Ebert, der Sozialdemokrat, mit Ausnahmeerichten zu Hilfe? Warum denn nicht, er muß ja für seine Wiederwahl sorgen! Die Deutschnationalen gehen inzwischen den beschrittenen Weg weiter. Jetzt wollen sie das Schußgesetz der Republik endgültig zu einem

Ausnahmegesetz gegen Arbeiter

machen. Es wurde am Montag berichtet:

„Der deutschnationale Parteiführer Herzig beabsichtigt, anläßlich der gestrigen Vorgänge, im Reichstag unverzüglich eine Interpellation einzubringen, die auf die Ablegung des Polizeipräsidenten Richter hinarbeitet. Außerdem wollen die Deutschnationalen im Reichstag einen Ausbau der Schußgesetzgebung dahin verlangen, daß der § 12. der damals die Versammlungsbekämpfung unter Zuchtstrafe stellen wollte, jedoch nicht durchgeführt wurde, jetzt zum Beschluß erhoben wird.“

Richter wird natürlich bleiben. Dafür wird die KPD, dem zweiten Verlangen der Deutschnationalen Rechnung tragen und das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter vollständig machen.

Die Reaktion triumphiert.

So ist der Reaktion das gelungen, was sie wollte: Sie hat die Arbeiter herausgefordert, hat Arbeiter gemordet und sich obendrein den Weg freigemacht für weitere Maßnahmen gegen die Arbeiter. Die Klassenrichter reiben sich vor Vergnügen die Hände, ob der gewünschten Arbeit, die ihrer harrt. Die bürgerlich-sozialdemokratische Lügenpresse tobt und geißert nach allen Regeln der Kunst gegen die Arbeiter.

Und alles ist geschehen unter dem Protektorat sozialdemokratischer Führer. Sie hätten das Blutbad verhindern können, und haben es nicht getan.

Darum können

die Arbeiter nur sich selbst schützen

vor der reaktionären Gefahr. Sie müssen jetzt die einheitliche proletarische Kampffront erstehen lassen, müssen in ihr den Kampf führen um folgende Maßnahmen:

1. Abgabe aller Waffen und Entwaffnung aller reaktionären Organisationen, Verhinderung einer Rachejustiz gegen die am den Berliner Unruhen beteiligten Arbeiter.

2. Freilassung aller anläßlich dieser Unruhen verhafteten Arbeiter sowie aller gefangenen Revolutionäre.

Der Bund der Freiheit und Ordnung.

Das es sich bei diesem Bunde nur um eine der „aufgelösten“ Orgeschunden handelt, dafür einige Dokumente:

Folgendes Rundschreiben fiel uns in die Hände:
 „Bund für Freiheit und Ordnung“ Berlin W. 35, den 11. in Berlin u. Umgebung. Am Karlsbad 10. Briefbuch Nr. 735/22.

Guer

beehre ich mich zu bitten, den Bund für Freiheit und Ordnung beizutreten. Augenblicklich ist derselbe besonders bemüht:

1.) der Nothilfe, nicht nur der technischen, in jeder Beziehung zu helfen. Männer, Frauen und jugendliche Kräfte aller Stände und Berufsarten werden begehrt, sich im Falle der Not zur Verfügung zu stellen, auch ohne daß der, von Gewerkschaften und politischen Parteien abhängige, Reichsminister des Innern die Nothilfe einberuft, was erfahrungsgemäß oft zu spät erfolgt. Das Ziel der Organisation ist, sich so auszubauen, daß bei einem freibeweglichen Streik jeder Betrieb eine einigermaßen genügende Hilfe erhalten kann.

2.) Diese Nothilfe so zu gestalten, daß sie keine Sorge vor Terrorakten zu haben braucht.

Wir wollen unsere Ziele nicht nur mit Wort und Schrift verfolgen, sondern dafür sorgen, daß dem drohenden Terror mit Taten entgegengetreten wird.

Im Falle von Aufruhr stehen der Regierung in Groß-Berlin nicht mehr die Nachtmittel zur Verfügung wie früher, nur ein wechselfelder Truppenteil und die Schupo sind vorhanden.

Die Selbstschutzverbände sind aufgelöst, ihre Waffen abgegeben.

Die Bürgerschaft muß sich jetzt selbst helfen!

Es gibt zahllose Deutsche, die in der Lage und gewillt sind, das Bürgerrecht zu schützen.

Den Selbstschutzedanken auf die weitesten Kreise auszudehnen, ist unser Bestreben.

Mit vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu sein sehr ergebener

gez. von Hülßen
 Generalleutnant a. D.

Dies Schreiben ist kennzeichnend für die Kreise, die am Sonntag demonstrierten. Am Karlsbad 10, das ist die Orgeschzentrale für Berlin, seit langem bereits durch die „Enttüllungen“ Spinskis bekannt. Aber nichts hat die Orgeschbrüder bei ihrer Arbeit gestört. Keige-Verhütung, keine Hausdurchsuchung. Nichts.

Ein Rundschreiben des berühmten Freikorpsführers Hülßen heißt es:

„Der Bund für Freiheit und Ordnung beruht auf der Überzeugung, daß die inneren Zustände Deutschlands keineswegs gefestigt sind, daß die linksradikalen Parteien sich bewähren, unter Ausnützung wirtschaftlicher Kämpfe auch ihre politischen Ziele zu erreichen. Das kann nur durch Waffengewalt verhindert werden. Die Mittel des Staates zur Niederwerfung eines Aufstandes in Berlin sind unendlich schwach. Die Rettung liegt einzig und allein darin, ob die staatszerstörenden Elemente genügend organisiert sind. Die Männer der aufgelösten Selbstschutzzverbände sind noch vorhanden, die bereit sind, zur Waffe zu greifen, die ihnen zur Hand ist.“

Bedarf es noch weiterer Beweise, um zu zeigen, daß der „Bund für Freiheit und Ordnung“ eine bewaffnete reaktionäre Organisation ist?

Reichswirtschaftsrat und Reichsrat beschließen Erhöhung des Umlagepreises.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat mit 17 Stimmen gegen 5 Stimmen der Arbeitnereverteter die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf beschlossen, der den Preis des ersten Umlagedrittels erhöhen und damit den Brotpreis gleich auf 100 Mark hinaufschleppen lassen soll. Die Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft enthielten sich der Stimme, weil sie überhaupt keine Festsetzung des Umlagepreises, sondern eine gleitende Preisstufung wünschen, die sich automatisch nach dem inländischen Marktpreis richten soll.

Der Umlagepreis soll nach dem Beschluß des Reichsrates für Weizen von 7400 auf 22500 Mark pro Tonne, für Roggen von 6900 auf 20500 Mark, für Gerste von 6700 auf 19000 Mark und für Hafer von 6600 auf 18000 Mark pro Tonne heraufgesetzt werden.

Dies Gesetz, das Millionen von Arbeitern und Kleinrentnern dem Hungertode überantwortet, wird nächste Woche vor den Reichstag kommen. Die Arbeiterschaft muß alle Kraft aufbieten, um die neue ungeheure Preisvermehrung zu verhindern. Das kann nur geschehen durch

Erhöhung der Getreidemulage auf 4 1/2 Millionen Tonnen.

Ablehnung jeder Preiserhöhung.

Kontrolle der Getreideablieferung, der Düngungs- und Auspflanzarbeiten der großen Güter durch proletarische Organe.

Streikbewilligungszusätze für Sozialrentner und Kriegsschmer.

Kartoffelschiebung.

Die Preisstelle der Landwirtschaftskammer in Kiel meldet:

Nach einer dem Regierungspräsidenten zugegangenen Eingabe werden Kartoffeln über die Grenze nach Däne-

mark verfrachtet. Wenn wir auch nicht annehmen können, daß es durch die Landwirte geschieht, sei doch darauf hingewiesen, daß die Kartoffelernte dringend im Inland gebraucht wird. Hoffentlich beillt sich die städtische Verbraucherschaft mit dem Eindecken für den Winter.

Es ist der reine Spinn, wenn die Landwirtschaftskammer in Kiel davon spricht, daß sich die städtischen Verbraucher hoffentlich mit dem Eindecken beillen. Die Arbeiterfamilien in den Städten sind nicht in der Lage, bei den wahnwitzigen Kartoffelpreisen ein größeres Quantum von Kartoffeln auf einmal zu bezahlen, ganz abgesehen davon, ob Kartoffeln für den Massenkonsum überhaupt zu haben sind. Denn wie die Landwirtschaftskammer ja selbst feststellt, gehen sie des höheren Profites

halber über die Grenze. Was aber nicht nach dem Ausland verschoben wird, das wird vorerst zurückgehalten, um die Preise künstlich nach oben zu schieben.

Die Mitteilung der Landwirtschaftskammer in Kiel zeigt wieder einmal die Notwendigkeit der proletarischen Kontrollausschüsse auf. Diese Kontrollausschüsse müssen sich sowohl in der Stadt wie auf dem Lande bilden und Hand in Hand arbeiten.

Vor allem fällt aber den Eisenbahnern bei der Verhinderung der Verschlebung von Nahrungsmitteln ins Ausland eine wichtige Rolle zu. Sie sind es, die im Sinne der Kontrollausschüsse am besten das Verschleben der Kartoffeln über die Grenze unterbinden könnten. Wenn so die Arbeiter und Beamten gemeinsam zur Selbsthilfe greifen, dann allein kann der Kampf gegen Hunger und Elend erfolgreich sein.

Es ist bekannt, daß der Reichsausschuss für den Reichsbetriebsrätekongreß am 22. Oktober auf die Tagesordnung ein Referat über

„Die Aufgabe der Konjunktionsgesellschaften im Kampf gegen die Teuerung“

geleitet hat. Verschiedene Konjunkturvereine haben bereits zum Ausdruck gebracht, daß sie den Reichsbetriebsrätekongreß für eine außerordentlich wichtige Angelegenheit erachten, weil sie durch eine Nachterwekung der proletarischen Bewegung erst richtig zum Ausdruck ihrer Rolle im proletarischen Kampfsystem kommen können.

In den letzten Tagen haben nun die Versammlungen zweier großer Konjunkturvereine zu dem Reichsbetriebsrätekongreß Stellung genommen. In Gießen wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Reichsbetriebsrätekongreß zu beschließen und außerdem wurden dem Reichsausschuss der Betriebsräte 10 000 Mark bewilligt. Auch in der Konjunkturvereins-Generalversammlung in Halle a. S. wurde beschlossen, daß der Reichsbetriebsrätekongreß beigesteuert wird, und zwar soll ein Vertreter vom Aufsichtsrat und ein Vertreter vom Betriebsrat an dem Kongreß teilnehmen.

Auch die Konjunkturvereine sehen im Reichsbetriebsrätekongreß das Organ, in welchem die Kampfkraft des Proletariats zusammengefaßt werden muß. Hierzu gehört auch die Gewerkschaftsbewegung. Es ist Aufgabe der schlesischen Konjunkturvereine, dem Essener und Hallenser Beispiel zu folgen.

Das „Reit Journal“ veröffentlicht nachstehenden Antrag des englischen Vertreters Bradbury in der Reparationskommission:

Deutschland ist von allen Darstellungen für 5 Jahre zu entbinden. Die deutsche Regierung habe der Reparationskommission für die für 1924-25 und 1926 vorzulegenden Zahlungen Wechsel oder Schuldscheine zu übermitteln, die jede der alliierten Regierungen nach Möglichkeit flüssig zu machen suchen würde; und zwar für eigene Rechnung und auf Grund ihrer eigenen Bürgschaft. Mit anderen Worten, es gäbe dann keine gemeinsame Garantie der Alliierten. Wenn Frankreich beispielsweise Schulden fände, die ihm seinen Anteil auf Grund der deutschen Wechsel anzuhängen, sei es ihnen gegenüber allein verantwortlich, falls Deutschland bei Fristablauf die Zahlungen versagen sollte.

Die bürgerliche demokratische Presse genügt dabei selbstverständlich in Entzücken. Aber schon halbwegs bekenntnisfähige bürgerliche Zeitungen müssen zugeben, daß mit dem Vorschlag Bradburys das Elend nur in anderer Form gestellt wird: Erfreut werden die Sachverständigen

und die anderen Vasten aus dem Friedensvertrage weit gelistet werden müssen, und zum andern hat bereits gegenwärtige „Schonzeit“ bewiesen, daß sie ein weiteres Sinken der Mark nicht aufhalten kann.

Die Gründe für den unaufhaltsamen Niederkunft der deutschen Wirtschaft liegen auch anderswo. Selbst eine Herabsetzung oder Stundung könne die Zerrüttung der Währung nicht aufhalten. Denn sie ist die einzige Form, in der das deutsche Kapital bestehen und seine Konkurrenzfähigkeit behaupten kann. Uebrigens mehr eben eine offiziöse Fiktion, daß Bradburys Vorschlag die französische Regierung unannehmbar

Die Teuerungswelle steigt von Tag zu Tag. Sie drückt nicht nur die Industriearbeiterschaft in tiefste Elend, sondern zwingt auch die Landarbeiterschaft zu Entbehrung selbst der notwendigsten Bedarfsartikel. Kleider, Schuhe, Hausgeräte sind unerschwinglich. Die dazugehörige Margarine und Landarbeiterschaft reicht nicht mehr dazu aus, sich Margarine aufs Brot zu beschaffen.

Auch dem größten Teil der Kleinbauern und Halbbauern droht die Wirtschaftskrise mit Vernichtung. Wohl haben manche Kleinbauern heute eine größere Anzahl blauer Papierfetzen in der Hand. Die ungemein gestiegenen und weiter steigenden Preise für Industrieartikel, die phantastischen Summen für Nachzinsen lassen diesen Scheinreichtum wie Butter an der Sonne schmelzen. Wucherpreise für Futtermittel knöpfen die Großbauern und Großgrundbesitzer den futtermarmen Kleinbauern ab und zwingen dadurch letztere zur Auswanderung der städtischen arbeitenden Bevölkerung. Der Nutzen davon haben die Großkapitalisten.

In der Industrie beginnt Arbeitslosigkeit einzusetzen. Mancher Kleinbauerjohn, manche Kleinbauertochter wird davon betroffen werden. Vor allem aber wird die Arbeitslosigkeit ein Keulenschlag für die Halbbauern sein, deren wenige Morgen Land zum Lebensunterhalt ihrer Familie nicht ausreichen, die auf Nebenberuf angewiesen sind. Bereits haben sich die Textil-Industriellen dahingehend ausgesprochen, beim Abbau der Arbeitskräfte zuerst die Arbeiter, die auf dem Lande wohnen, zu entlassen. Warum? Etwa, um den städtischen Arbeitern das Arbeitslosenelend zu ersparen? Beileibe nicht. Die Industriekapitalisten gehen von der Voraussetzung aus, daß die auf dem Lande wohnenden Arbeiter, die vor Beginn der Arbeitszeit zwei bis drei Stunden unterwegs zur Arbeitsstelle sind und abends und Sonntags auf ihrem wenigen Land sich abquälen, nicht genug ausbeutungsfähig sind. Um konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu sein, soll die Ausbeutung der Arbeitskräfte gesteigert werden und dabei können die Industriekapitalisten nicht dulden, daß die Arbeiter einen Teil ihrer Arbeitskraft in Nebenbeschäftigungen verausgaben.

Mit dem Abstoßen der halbäckerlichen Arbeiter aus der Industrie erwächst sowohl für den Industriearbeiter als auch für den Landarbeiter eine neue Gefahr. Das Arbeitslosenelend wird vergrößert. Viele dieser Halbbauern werden entweder in der Industrie oder in der Landwirtschaft sich zu einem niedrigeren Lohn anzubieten suchen.

Die Not, Elend, Verschuldung bringt die zunehmende Wirtschaftskrise, die steigende Teuerung dem arbeitenden Volke in Stadt und Land. Auf der anderen Seite aber schlammern und prassen die Schieber, Spekulanten, die Industriekapitalisten, Großbauern und Junker.

Eine Verhöhnung der Landarbeiterschaft ist es, wenn die Gutsbesitzer heute Lohnserhöhungen abhängig machen von einer Erhöhung der Getreidemulage-Preise, von grenzenloser Wucherfreiheit, die die städtische wie ländliche Arbeiterschaft trifft, während die großagrariischen Volksauslauger in nie gekanntem Luxus leben. Dinge, die ihnen vor dem Kriege traumhafte Wünsche waren, können sie sich heute beschaffen. Autos, Klaviere, die teuersten Zimmereinrichtungen und dergleichen repräsentieren heute die großagrariische Not. Aber kein Geld ist da, um den Landarbeitern auskömmliche Löhne zu bezahlen, um die Landarbeiterwohnungen wenigstens so zu gestalten, daß sie sich neben den Viehställen des Gutsbesitzers sehen lassen können. Nicht möglich ist es den Gutsbesitzern, der städtischen arbeitenden Bevölkerung Agrarprodukte zu einigermaßen annehmbaren Preisen zu liefern. Die Getreideernte ist schlecht — ist die immer wiederkehrende Ausrede der Gutsbesitzer, indem sie mit einem Auge Trauer mimen, und mit dem andern freudestrahlend auf die sprunghaft sich aufwärts bewegende Preisfurde für Agrarprodukte schauen. Auch wenn die Getreideernte etwas hinter dem vorjährigen Ertrag zurückbleibt, sind die heute geforderten Preise der Gutsbesitzer keineswegs gerechtfertigt. Die Herren Agrarkapitalisten wuchern aber auch mit den anderen Produkten, bei denen eine glänzende Ernte zu verzeichnen ist, wie z. B. bei Kartoffeln. Um nicht durch Ueberangebot die Preise zu senken, werden diese Produkte zurückgehalten, wandern in die Schnapsbrennereien, oder werden bereits wieder nach dem Westen verkauft, von wo sie durch das bekannte Loch ins Ausland verschwinden.

Landarbeiter! Kleinbauern! Mit dieser Wirtschaftskrise muß ein Ende gemacht werden. Große Seile der Industriearbeiterschaft haben erkannt, daß sich die Arbeiterschaft zunächst die Kontrolle über die Produktion, über die Verwendung und den Preis der Waren erkämpfen muß. Der Wille, diese Erkenntnis zur Tat werden zu lassen, äußert sich in der Betriebsräte-Bewegung und dem Ruf nach einem

„Roten Landwoche“ bietet sich Gelegenheit, für die schlesische Arbeiterzeitung auf dem Lande zu werben. Darum sammelt die Zeitungen dieser Woche und trägt sie auf das Land!

Reichs-Betriebsrätekonferenz, der die zentrale Leitung des Kampfes gegen die Steuerung haben soll. Es wird aber nur halbe Arbeit sein, wenn allein die Kontrolle in der Industrie erkämpft wird. Auch in der Landwirtschaft muß das errungen werden, ja, dort vor allem! Das haben auch schon die Landarbeiter einzelner Gebiete erkannt. J. B. die Landarbeiter in Br.-Schlau, sowie in den Kreisen Niederung und Silit-Ragnit (Ostpreußen), im Bezirk Oschersleben (Magdeburg) sowie im Kreise Sorau (Lausitz), ebenso in Thüringen haben sich für die Beteiligung am Reichs-Betriebsrätekonferenz ausgesprochen. Das genügt aber nicht.

Auf jedem Ort, in allen Orten, in jedem Kreise müssen die Landarbeiter zusammenzutreten, zur Steuerungsfrage Stellung nehmen und sich an die Seite der Industriearbeiter stellen.

Zunächst ist notwendig, daß Kontrollausschüsse und Preismissionen der Arbeiter, Siedler und Kleinbauern in jedem Ort geschaffen werden. Diese haben die Aufgabe, bei den örtlichen Händlern die Einkaufslisten einzusehen und danach die Verkaufspreise festzusetzen. Außerdem muß festgestellt werden, wieviele Nahrungsmittel auf den großen Gütern vorhanden sind, wie hoch die Heftarerträge der einzelnen Agrarprodukte sind, wo Land schlecht oder gar nicht bewirtschaftet wird, wie hoch die Erzeugerkosten der Agrarprodukte sind. All dies muß sofort dem aus den örtlichen Kontrollausschüssen zu bildenden Bezirks-Kontrollausschuss mitgeteilt werden. Notwendig ist engstes Hand-in-Hand-Arbeiten der ländlichen arbeitenden Bevölkerung mit der Industriearbeiterschaft. Dann ist es möglich, dem Wucher Einhalt zu gebieten, sowohl in der Industrie, als auch in der Landwirtschaft. Dann ist es möglich, die Schieber und Zwischenhändler auszuschalten, das Verschleudern der im Inland notwendigen Produkte in das Ausland zu verhindern und auf direktem Wege den Bedarf der arbeitenden Landbevölkerung an Industriewaren zu decken und umgekehrt auch den städtischen Arbeitern und Angestellten Agrarprodukte zu erschwinglichen Preisen liefern.

Nur wenn das arbeitende Volk in Stadt und Land kampfschlossenen diesen Weg geht, dann wird im letzten Augenblick der Sturz in den Abgrund, weitere Verelendung, verschärfster Not, verhindert.

Schlesische Rundschau.

An die Kleinbauern und Kleinpächter!

Ein Kleinbauer ersucht uns um Abdruck folgender Zeilen:

„In der freiesten Republik der Welt, genannt Deutschland, besteht ein Umlagegesetz, welches den Kleingrundbesitz schonen soll. Das Gesetz schreibt vor, daß eine Wirtschaftsfläche von 10 Hektar, bei einer Getreide-Anbaufläche von 2 Hektar frei bleiben soll von der Umlage. So wurde uns das Gesetz durch den Demokraten Dr. Böhme in der Generalversammlung des schlesischen Kleinbauernbundes geschildert. Wie wird es aber ausgeführt? Ein Beispiel: Eine Wirtschaft von 21 Morgen, welche in der Zwangswirtschaft abgabefrei gewesen ist, im letzten Jahr 1 1/2 Zentner Umlagegetreide liefern mußte, muß bei der heutigen „Schönung“ des kleinen Bauern 9,6 Zentner abliefern! Und zwar, obwohl von den 21 Morgen Mann, Frau und 6 Kinder zu versorgen sind. So wird mit unserem Recht, welches geschickt geschützt ist, Schindluder getrieben. Merkt Ihr nun bald, zu was die Gesetze in der freiesten Republik sind? Um sie, wie in diesem und tausend anderen Fällen anstatt für Euch, gegen Euch zum Nutzen des Großgrundbesitzes durchzuführen. Denn,

wenn ein Kleinbauer soviel aufbringen muß an Umlage, braucht der Großgrundbesitzer weniger abzuliefern auf Kosten der Kleinbauern. Warum treibt man mit unserem Recht Schindluder? Weil die meisten Kleinbauern und Kleinpächter noch nicht wissen, in welche Reihen sie gehören. Seht vor allem den großmauligen Landbündlern nicht nur aufs Maul, sondern auf die Finger.“

Es ist richtig, daß der Kleinbauer und Kleinpächter mehr als bisher die Worte und die Taten, namentlich der Landbündler, genau beachten muß. Sie spielen sich heute auf als die Freunde des kleinen Bauern.

Städt. Arbeiter Breslaus!

Mehr als 300 von Euch sollen in allernächster Zeit entlassen werden. Arbeitslosigkeit, Kälte und Hunger grinsen Euch an.

Setzt Euch zur Wehr!

Jeden von Euch kann das Los treffen. Darum bekundet Euren Willen gegen die Massenentlassungen

indem Ihr am Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7 Uhr in den „Zentralballsaal“, Westendstraße, zu der großen

Versammlung

vollzählig erscheint.

Euer gekündigter Kollege Schäfer, Mitglied der SPD., wird sprechen.

Die Angestellten des Transportarbeiter-Verbandes und des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes sowie die Betriebsräte fordern wir auf, zu erscheinen.

aber bei Beratung des Umlagegesetzes haben sie mit den anderen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten den Antrag der Kommunisten abgelehnt, wonach bei schlechtem Boden bis zu 15 Hektar der Gesamtfläche von der Umlage frei bleiben sollten. Kleinbauern merkt Euch das!

Macht's nach!

Die Kreis Konferenz der Kommunistischen Jugend Waldenburgs sammelte am Sonntag, den 15. Oktober 700,— Mark für den Reichsbetriebsrätekonferenz.

Gewerkschafts-Bewegung.

Für den Reichsbetriebsrätekonferenz.

In der Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter von den Schächten Egmunt und Mahrau (Viktogrube) am 15. 10., wurde beschlossen, sich am Reichs-Betriebsrätekonferenz zu beteiligen und durch freiwillige Sammlungen die Gelder für den Delegierten aufzubringen. Gen. Julius Müller ist als Delegierter vorgeschlagen.

Das Glend der Hausangestellten.

Am Dienstag, den 10. Oktober, fand in Breslau eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshause statt, in der der Arbeitersekretär Peitert über den neuen Gesetzentwurf für die Dienstmädchen referierte. Der Referent erzählt haarsträubende Dinge. Der Entwurf will eine Arbeitszeit von 13 Stunden festgelegt wissen. Nur eine Nachtruhe von 9 Stunden wollen die „gnädigen Frauen“ ihren Dienstflaven gütigst gewähren. Dieser Antrag bedeutet nicht mehr wie eine 15 stündige Arbeitszeit. Weiter verlangen die „Herrschaffen“ beim Antritt die Vorzeigung einer Legitimation mit Lichtbild und Glaubensbekenntnis. Alles für ein Trinkgeld von bestenfalls 300 Mark monatlich (manche Dienstmädchen bekommen nur 180—200 Mark). Die Annahme dieser Schandgesetze würde eine Verschlechterung noch unter die berichtigte preussische Gesindeordnung bedeuten. Bei Nichtbeachtung aller dieser skandalösen und menschenunwürdigen Vorschriften sollen die Dienstmädchen 140 Mark Geldstrafe zahlen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich scharf gegen den geplanten Gesetzentwurf ausspricht.

Wir fordern unsere Genossen und alle Frauen auf, ihre Angehörigen, die sich im Dienstverhältnis befinden, auf den Hausangestelltenverband aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, Mitglieder zu werden.

Breslau! Totales.

Bettler oder Diebe?

Wie alle deutschen Städte, so sieht auch Breslau in arger Finanzklemme. Defizit häuft sich auf Defizit. Der Gesamtfehlbetrag im Stadthaushalt steigt ins Märchenhafte. In Breslau hat er nach dem Septemberstand den Betrag von 100 Millionen Mark weit überschritten. In fast jeder Stadtverordneten-Versammlung zerbrechen sich die mehr oder minder weisen Stadtväter die Köpfe darüber, woher sie die Millionen nehmen sollen. Die Einnahmen werden durch die Erhöhungen der Straßenbahnfahrpreise, der Gas-, Elektrizitäts-, und Wasserpreise, aller Gebühren, kurzum durch Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung gesteigert. Die Ausgaben sind auf das Mindestmaß beschränkt. Natürlich hat man da zuerst bei der sozialen Fürsorge angefangen. Die Spitäler können den Zusätzen nicht mehr das nötige Eisen geben. Die Unterführungen sind durch ihre geringen Sätze so gut wie illusorisch. Und trotzdem steigt das Defizit von Tag zu Tag.

Wir wundern uns darüber ebenso wenig, wie wir uns über die Unfähigkeit der Stadtverwaltung wundern. Wir wissen, daß es das Geschick aller bürgerlich-kapitalistischen Verwaltungsgestalten ist, dem Glend machtlos gegenüberzustehen. Ganz gleich, ob es die Regierung oder eine Kommunalbehörde ist: haben die Bürger und Kleinbürger den Einfluß in ihr, dann ist sie ohnmächtig gegenüber der Mißwirtschaft. Deshalb, weil sich die Kapitalisten und ihre Anhänger, die Kleinbürger (dazu gehören auch die SPD-Führer) scheuen, den Bedarf an Mitteln von den Kapitalisten einzuziehen. Sie wollen die Millionen aus der werktätigen Bevölkerung pressen. Die Arbeiter sind aber nicht in der Lage, diese Lasten zu tragen. Sie können einfach nicht mehr. Daran scheitern alle Versuche, ihnen die Lasten aufzubürden, die gebraucht werden.

So schreitet eben die Defizitwirtschaft fort. Jetzt sieht der Magistrat schon keine Möglichkeit mehr, die

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Aber beschuldige ich dich dem? Du lieber Gott — ich bedaure dich hoch“, versetzte seine Frau mit ihrer heiseren Stimme, die wie ein Schlagen in der Kehle klang. „Meinst du denn, ich sehe nicht, wie du dich quälst? Wie einen schweren Stein hat der Herr mich dir an den Hals gehängt. Wenn's doch schon aus Sterben ginge!“

„Rede mir nicht so! Ich hör solche Worte von dir nicht gern. Ich hab' dich gekränkt, nicht du mich! Aber ich tat's nicht aus Schlechtigkeit, sondern weil ich schwach wurde. ... Laß es gut sein, wir wollen in ne andere Gasse ziehen. Dann soll alles anders werden, die Fenster, die Tür ... alles! Die Fenster werden auf die Straße gehen, einen Stiefel wollen wir aus Papier ausschneiden und ans Fenster kleben. Das ist dann unser Schild. Die Welt wird zu uns gelaufen kommen! Da wird unser Geschäft erst blühen.“

„Ach, du! Sammer klopf, immer klopf! — Ich schaff' Präge in den Topf!“

Ija kamte bis ins kleinste das Leben Verfüßlas. Er sah, wie er sich quälte gleich einem Fisch, der durchs Eis brechen möchte, und achtete ihn darum, weil er stets mit aller Welt scherzte, allezeit lachte und so prächtig auf der Harmonika spielte.

Inzwischen lag Petruscha hinter seinem Büfett, spielte mit irgendeinem Bekannten eine Partie Dame, trank vom Morgen bis zum Abend Tee und schimpfte auf die Kellerburschen. Bald nach dem Tode Jeremejs hatte er Zereti als Verkäufer hinter das Büfett gestellt, während er sich darin gefiel, pfeifend auf dem Hofe hin und her zu spazieren, das Haus von allen Seiten zu betrachten und seine Wände mit den Fäusten zu klopfen.

Noch vieles andere merkte Ija, und alles war so häßlich, so unerschrocken und ließ ihn mehr und mehr von den Menschen zurück. Bisweilen riefen all die Eindringlinge und Gedanken, die sich in ihm anhäufeten, den lebhaftesten Wunsch in ihm hervor, sich mit irgend jemandem anzusprechen. Mit dem Onkel aber wollte er nicht sprechen: nach dem Tode Jeremejs war zwischen Ija und dem Onkel gleichsam eine unsichtbare Wand emporgewachsen, die den Knaben davon abhielt, sich dem Onkel ebenso offen und vertraulich zu nähern wie früher. Ja, aber hätte ihn kaum über die Vorgänge in seinem Innern Aufklärung geben können: der lebte gleichfalls abseits von allen, wenn auch auf seine besondere Weise.

Auch ihn hatte der Tod des alten Jeremej betrübt. Oft hatte er mit trübsüchtiger Miene seiner gedacht: „Langweilig ist's geworden! ... Wimm doch noch Großvater Jeremeja lebte, der hat uns immer Märchen erzählt! Nichts Schöneres gibt es als Märchen! Und er wußte so hübsch zu erzählen.“

„Er wußte alles“, entgegnete Ija düster. „Eines Tages sagte Jafow geheimnisvoll zu dem Kameraden: „Soll ich dir mal ganz was Besonderes zeigen? Willst du?“

„Gewiß will ich!“

„Aber schwör mir zuerst, daß du es niemandem sagen wirst!“

„Bei Gott, ich sag's keinem Menschen.“

„Sag: verflucht soll ich sein in die Hölle! ...“

Ija wiederholte die Schwurformel, worauf ihn Jafow zu der alten Linde im äußersten Winkel des Hofes führte. Dort emserate er von dem Stamm der Linde ein künstlich daran befestigtes Rindensstück, und Ija erblickte dahinter eine große Höhlung in dem Baumstamm. Es war ein Astloch, das mit dem Meißel künstlich erweitert und mit bunten Pappchen, Papierchen und Stanniolblättchen ausgeschmückt war. In der Tiefe dieser Höhlung stand ein kleines, aus Erz gegossenes Bildnis, und vor demselben war das Ende einer Wachskerze befestigt.

„Hast du gesehen?“ fragte Jafow, während er das Rindensstück wieder vor die Öffnung brachte. „Ich hab's gesehen. Was ist denn das?“

„Eine Kapelle ist's“, erklärte Jafow. „Hierher werde ich in der Nacht ganz leise aus der Stube kommen. Dann werde ich das Licht anzünden und beten ... Ist das nicht hübsch?“

Ija gestiel der Einfall seines Freundes, doch stellte er sich sogleich die Gefährlichkeit des Wagnisses vor. „Und wenn man das Licht sieht? Dann gib's gehörige Prügel vom Ate!“

„Wer soll's in der Nacht sehen? In der Nacht schlafen das soll; ganz still ist's auf der Erde. Ich bin doch klein, und da hört der liebe Gott am Tage mein Gebet nicht.“

„In der Nacht wird er's schon eher hören ... Meinst du nicht?“

„Ich weiß es nicht ... Vielleicht wird er's hören“, meinte Ija nachdenklich, während er in das grobhäutige, bleiche Antlitz des Kameraden schaute.

„Und wo? Wirst du mit mir beten gehen?“ fragte Jafow.

„Um was willst du denn beten?“ fragte Ija. „Ich würde Gott bitten, daß er mich recht klug mache ...“

„und dann noch, daß ich immer alles habe, was ich mir wünsche. Und du?“

„Ich? Ich würde um dasselbe bitten ...“ antwortete Jafow.

„Nach einer Weile fügte er jedoch hinzu: „Ich wollte es eigentlich nur so, ohne besondere Absicht ... einfach beten wollt' ich, weiter nichts! Und er mag schon geben, was er will ... Aber wenn du meinst, daß es auf die andere Art besser ist ... dann mach' ich's auch so wie du!“

„Gut“, meinte Ija. „Sie kamen überein, schon in der nächsten Nacht mit ihrem Gebet vor der Linde anzufangen, und legten sich beide mit der festen Absicht zu Bett, in der Nacht aufzuwachen und sich in dem Winkel zu treffen. Sie erwarteten jedoch weder in dieser noch in der nächsten Nacht, und nach manche andere Nacht verschließen sie. Und dann wirkten neue Eindrücke auf Ija ein und stellten die Kapelle ganz in den Hintergrund.“

In den Zweigen derselben Linde, in der Jafow seine Kapelle eingerichtet hatte, pflegte Paschka seine Bogelfallen aufzustellen, um darin Zeigige und Meisen zu fangen. Er hatte ein schweres Dasein, war dürr und schmal geworden und seine Augen steifen hin und her wie die eines kleinen Raudtiers. Er hatte keine Zeit mehr, sich im Hofe herumzutreiben. Den ganzen Tag war er bei Verfüßla beschäftigt, und nur an Feiertagen, wenn der Schuster betrunken war, saßen ihn die Kameraden. Paschka fragte sie aus, was sie in der Schule lernten, und schaute neidisch und finstler drein, wenn er ihre vom Bewußtsein der eigenen Ueberlegenheit erfüllten Berichte hörte.

„Bübel auch nur nicht zu viel ein“, sagte er: „auch ich werde noch mal lernen!“

„Aber Verfüßla wird dir's nicht erlauben! ...“

„Dann laß ich weg!“ versetzte Paschka kurz entschlossen. Und in der Tat ging bald nach diesem Gespräch der Schuster im Hofe umher und erzählte lachend:

„Mein Herr Geselle ist wegelaufen! Der kleine Teufel ... Hat ihn nicht gefallen, meine lehrne Wissenschaft!“

Es war ein regnerischer Tag. Ija musterte den zergrauten Schulter, sah dann zu dem grauen, düsteren Himmel auf und empfand Mitleid mit dem leeren Paschka, der sich jetzt Gott weiß wo herumtreiben möchte. Er stand mit Verfüßla unter dem Dach eines Schuppens, drückte sich gegen die Wand und schaute nach dem Hause hinüber. Es schien Ija, daß das Haus immer niedriger wurde, als ob es unter der Last der Zeit in die Erde verläufe.

(Fortsetzung folgt.)

Heute Mitgliederversammlung

abds. 7 Uhr in Breslau, „Sanssouci“, Mehlgasse - Tagesordnung: Bericht vom Bezirkspartei-tag.

Kleinrentner zu unterstützen. Und wie ein gebrochener Greis, dem die Kraft fehlt, sich selbst zu helfen, nimmt der Magistrat jetzt den Bettelstab in die Hand. Er geht betteln bei all denen, die noch etwas zahlen können. Mit Rot der Kleinrentner will er die Herzen erweichen. Freilich hat der Magistrat selbst wenig Hoffnung auf Erfolg. Denn von den Kapitalisten, die mit wichtiger Leibesfülle ihren Geldbeutel selbst im Stadtparlament demonstrieren, ist wenig zu erwarten. Und weil der Magistrat selbst nicht viel von der Bettelerei erhofft, greift er zu einem anderen Mittel: dem Diebstahl. Die Arbeiter sollen einen gewissen Prozentsatz ihres Lohnes, zur Unterstützung der Kleinrentner, gestohlen bekommen. Die Breslauer Gewerkschaftsführer bieten sich freiwillig als Komplizen an. So wird jetzt schon der Plan des großangelegten Diebeszuges geschmiedet.

Besser kann der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung mit ihrer sozialdemokratischen Mehrheit sich nicht entziehen:

**Zu den Kapitalisten gehen sie betteln,
Zu den Arbeitern gehen sie stehlen!**

Wie in Hirschberg und Waldenburg die Gewerkschaftsführer diesen Raubzug auf die Taschen der Arbeiter unterstützen und gar vorschlagen, so sind sie auch in Breslau dabei!

Gewiß ist die Not der Kleinrentner sehr groß. Vergrößert und verschlimmert in vielen Fällen durch den Magistrat selbst. Sollen aber die Arbeiter, die selbst am Hungertuche nagen, den Kleinrentnern helfen? Können es denn die Kapitalisten nicht viel besser? Dort möge doch der Magistrat holen, was er braucht. Und sollten sich die Kapitalisten weigern, das sich ergaunerte Geld zu geben, dann mögen die Gewerkschaftsführer doch die Arbeiter zur Unterstützung aufrufen. Sicher wird dann das Breslauer Proletariat auf dem Plan sein.

Den Diebstahl von Arbeitergehältern wird aber die gesamte Arbeiterschaft Breslaus zu verhindern wissen.

Bund der Kinderreichen. Kartoffeln sind im Lager des Konsumvereins „Vorwärts“, Sauerhenstraße 127, täglich abzuholen, gegen Tagespreis. Als Ausweis Beitrags-Quittung mitbringen.

Von der Städtischen Straßenbahn. Achterklassen zum Preise von 60 Mark und von 30 Mark für Kriegsverletzte verlieren mit Inkrafttreten des neuen Tarifes am 16. Oktober ihre Gültigkeit. Nicht ausgenutzte Karten dieser Art werden vom 16. Oktober ab einige Tage hindurch im Erdgeschoss an der Elisabethkirche 1, alsdann bis zum 31. Oktober nur noch an der Kasse der Städtischen Straßenbahn, Steinstraße 71/73, von 8 bis 2 Uhr, zurückgeliefert.

Die Städtische Straßenbahn Breslau erhöht mit Wirkung ab 16. Oktober ebenfalls den Fahrpreis auf ihren Strecken. Es wird die Einzelahrt dann 12 Mark kosten und der Preis der Achterklassen wird 93 Mark das Stück betragen.

Achtet auf Wucherer und Schieber.

Die neueinziehende Preiswelle, die notwendigerweise dem staatlichen Brot-, Kohlen- und Zuckerwucher — um nur die einschneidendsten Preissteigerungen zu nennen — folgen wird, gibt allen dunklen Elementen, von denen vielfach die Märkte beherrscht werden, erneute Gelegenheit zur Auswucherung des Volkes und zur Entziehung wichtiger Lebensbedarfsartikel, um dafür im Ausland hohe Valutagewinne einzustreuen. Obnehin werden schon von vielen Geschäften Preise gefordert, die in keinem Verhältnis zu den Einkaufspreisen stehen. Weder Polizei noch Wucherüberwachungsstellen schützen die Werktätigen vor dieser Ausplünderung und es wird jetzt höchste Zeit, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft, die heute schwerer denn je ihre Groschen erarbeiten muß, sich selbst schützt.

Die Betriebsräte, die hinter dem Reichsbetriebsrätekongreß stehen, der seine Hauptarbeit darin erblicken wird, die proletarische Kontrolle über die Produktion und den Warenvertrieb zu organisieren, werden schon vor dem Zusammentritt desselben als Kontrollausschüsse usw. in allen Orten ihre Tätigkeit zur Bekämpfung des Wuchers und zur Verhinderung von Schieberungen aufnehmen. Wo solche Selbstschutzorgane der Arbeiter noch nicht bestehen, müssen sie sofort gebildet werden.

Notwendig ist dabei vor allem, daß alle festgestellten oder wahrscheinlichen Wucherscheineungen und ebenso alle erwiderten Schieberungen sofort den Ausschüssen mitgeteilt werden. Jeder Ausschuß hat daher seine genaue Adresse anzugeben. Es empfiehlt sich, dafür ein Vokal zu wählen, und wenn nicht anders möglich, Sprechstunden einzurichten. Der Ausschuß muß in jedem gemeldeten Fall selbsttätig eingreifen. Nur so wird er mitten in seinen Aufgaben stehen.

Für Schlesien nimmt alle Meldungen über Wucher oder sonstige Vorfälle, die gegen das Interesse der Arbeiter verstoßen, vorläufig

die Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Nikolaistraße 49/50 entgegen.

Laßt euch die Diktatur der Wucherer und Schieber nicht gefallen. Seht ihnen auf die Spuren und helft euch selbst, dann werden sehr rasch noch billige Waren zum Vorschein kommen.

Quittung.	
Für Kongreßmarken der Bauarbeiter eingegangen:	
Ortsgruppe Breslau	1790.— Mk.
Waldenburg	800.— „
Summe 2590.— Mk.	
Fraktion der Bauarbeiter.	
J. U. Andt.	

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Nehmen alle Mitglieder der Gesellschaft am Klassenkämpfe teil!

Der Klassenkampf wird von den zwei in ihren Interessen sich völlig entgegenstehenden Klassen (der Bourgeoisie und dem Proletariat) geführt. Trotzdem wird ein jedes Glied der Gesellschaft, auch wenn es keiner dieser beiden Klassen angehört, infolge seiner unloslich wirtschaftlichen, politischen Verbundenheit und gleicher Weltanschauung mit ihnen in diesen Kampf hineingezogen. Bewußt oder unbewußt hilft es der einen oder der anderen der beiden kämpfenden Klassen. Es siegt mit der siegenden oder fällt mit der besiegten Klasse, gleichgültig, ob es vermeint nur Zuschauer zu sein, oder ob es tätig kämpfend mit teilgenommen hat.

Aus „Das kommunistische Einmaleins“

Bezirksleitung

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Delpner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Delpner!

Unterbezirk Breslau.

Büro: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Josef König.
Dienstag, den 17. Oktober 1922, abends 7 Uhr findet im Lokal Sanssouci, Mehlgasse, eine große Mitgliederversammlung statt.

Frauen-Mitgliederversammlung am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Parteibüro. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichsfrauentagung. 2. Bericht von der Bezirksfrauentagung. 3. Organisatorisches. 4. Verschiedenes. Alle Genossinnen müssen unbedingt erscheinen!

Unterbezirk Waldenburg.

Büro: Gottesberg, Langestraße Nr. 14. J. Wielger.
Freiburg. Dienstag, den 17. Oktober abends 7 Uhr im Buchwald Funktionsprüfung aller Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Die Zähler rechnen die Kongreßmarken ab. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Landeshut. Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Sonne Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksparteitag, Revolutionsfeier und Kommunales. Alle Genossen, Genossinnen u. Sympathisierende sind eingeladen.

Agitationsbezirk Langenbielau.

Folgende Versammlungen finden statt:
Dienstag: Langenbielau 8 Uhr. Thema: Der Reichsbetriebsrätekongreß u. seine Aufgaben und die Stellung der Gewerkschaften.
Mittwoch: Reichenbach 8 Uhr.
Donnerstag: Peterswaldau 8 Uhr.

Rote Landwohel. Öffentliche Versammlungen finden statt:
Donnerstag: Beilau (Referent Gräß). Näheres Anschlagtafel.
Sonntag: Friedrichshain.
Sonntag: Lampersdorf.
Sonntag: Habendorf.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Gräß; Inserate: Max J. Schöcher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus. Dienstag, Freitag, Sonntag 7 1/2 Uhr: Die beiden Nachtigallen. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Die Bajadere Donnerstag und Sonnabend, 7 1/2 Uhr in neuer Vorbereitung: Ein Walzertraum Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Der Rastelbinder	Lieblich-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Das grosse Oktober-Programm	Sohlenleder-Ausschnitt in allen Größen u. Stärken preiswert Gebr. Tischler Leiderhandlung Werkelstraße 4 Filiale: Sandstraße 16.
---	--	---

Zeltgarten Täglich 8 Uhr Das grosse Variété-Programm	Altmefall Kupfer per kg = 200 Mk. Messing „ = 120 „ Blei-Zink „ = 70 „ Eisen u. altes Werkzeug zu kauf. ges. M. Bartsch / Oderstraße 17. 28. Achtung auf Haus-Nummer.
--	---

Erhöhung der Abchlagszahlungen für Gas, Wasser und Strom.
Die durch sprunghafte Steigerung der Kohlepreise, Löhne und Gehälter bedingte Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Strom zwingt uns, von den Abnehmern wesentlich höhere monatliche Abchlagszahlungen auf die künftigen Vierteljahresrechnungen als bisher zu fordern. Die Zahlungsaufforderung geht den Abnehmern in diesen Tagen zu. Die monatlichen Zahlungen sollen beim Eingehen die Zahlung der künftigen, hohen Rechnungen erleichtern und der Bewahrung die nötigen Mittel zur Aufrechterhaltung der Betriebe, insbesondere der Kohlebeschaffung rechtzeitig zuführen.
Wir erwarten, daß die Abnehmer die überaus schwierige wirtschaftliche Lage der Stadt würdigen und die gestellten Zahlungsforderungen bis Ende Oktober und November abzahlen, einhalten und was der sonst unermesslichen, gefährlichen Abholung oder weiterer Zwangsmaßnahmen überheben werden.
Städtische Betriebsdeputation.



PRODUKTIONSHILFE FÜR SOWJETRUSSLAND!

Soeben ist erschienen
das Mitteilungsblatt der Kommunistischen Jugend Schlesiens
„Der Jung-Prolet“
Preis 5.— Mark.
Aus dem Inhalt:
E. Kraft: Carthagenum esse delendam / F. Kitzel: Wetterzeichen leuchten / H. Dina: Die Feier des 8. Internationalen Jugendtages in Moskau / M. Glaser: Nach dem Jugentag / Red.: Warum kommunistische Kindergruppen? u. a. m.
Zu beziehen durch alle Funktionäre der K. J. / Bestellungen sind zu richten an Max Glaser, Breslau 1, Illkoberstraße 19/50.

Unentbehrlich als Handbuch!
Das Kommunistische Einmaleins
Wege und Ziele des kämpfenden Proletariats in Fragen u. Antworten von **E. M. Kollwanow.**
Preis 25.— Mk.
Tafelnormal / Karton / 72 Seiten.
Inhalt: 1. Die kapitalistische Wirtschaft. — 2. Der bürgerliche Staat. 3. Die imperialistische Weltwirtschaftskrise. — 4. Der proletarische Klassenkampf. — 5. Die kommunistische Internationale. — 6. Die russische Revolution. — 7. Die Weltkämpfe des Proletariats. — 8. Der kommunistische Aufbau.
Sofortige Bestellungen erledigt
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien - e. G. m. b. H.
Breslau 1. - Nikolaistraße 49/50.

Die Reichstampswoche gegen die Schundliteratur

vom 15. bis 22. Oktober 1922.

Von Edwin Hoernle.

Von bürgerlicher und sozialistischer Seite aus ist ein allgemeines Vorgehen gegen die Schundliteratur im ganzen Reiche geplant, das in einer Reichstampswoche vom 15. bis 22. Oktober seinen Höhepunkt finden soll. Bereits sind in verschiedenen Tageszeitungen und Bildungszeitschriften Aufrufe erschienen. Die Absicht ist, alle Händler, die Schundliteratur vertreiben, durch persönliche Beeinflussung auf den Schaden aufmerksam zu machen, den sie der Volkskultur, vor allem Dingen aber der Jugendbildung zufügen. Kein Kind dürfe einen Laden betreten, in dem es „zum gemeinen Rausch des Schundlesens verleitet werden soll“. Kein Erwachsener möge derartige Verfügungen durch Kauf in einem Geschäft unterstützen.

Die Aufrufe wenden sich an die Eltern und an die Bildungseinrichtungen. Die Anregung zu diesem Unternehmen ging aus von der „Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur“, der eine größere Anzahl von Magistraten und Bildungsverbänden angeschlossen sind. Die Absicht ist, eine Zentralisation des Vorgehens gegen die Schundliteratur, eine Vereinheitlichung der bisher vereinzelt aufgeführten Schläge zu erreichen.

Der Gedanke wurde von den sächsischen, badischen, thüringischen Kultusministerien, 5 preussischen Regierungsbezirken, 3 sächsischen Kreishauptmannschaften und einer größeren Anzahl Städte sofort aufgegriffen. Das Hauptkampfmittel soll „Berufserklärung“ sein. Einzelne Städte haben bereits damit begonnen, z. B. Dresden. Die Liste der Schundgeschäfte ist in der Presse veröffentlicht. Das sächsische Kultusministerium hat den Beruf ausdrücklich empfohlen.

Vor allem werden die Schulen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Auch die Elternbeiräte sollen dazu herangezogen werden. Die Zeitung liegt meistens in der Hand der städtischen Jugendämter. Schundlisten sind herausgegeben worden von den Jugendämtern Hamburg, Berlin, Dresden, vom deutschen katholischen Lehrerverein usw.; Ausstellungen von guter Literatur mit Gegenüberstellungen von schlechter sollen veranstaltet werden. Wahrscheinlich wird es auch zu feierlichen Verbrennungen kommen.

Wir Kommunisten sind mit den Sozialisten und Reformern einig über die verheerende Wirkung der Schundliteratur auf die Masse der proletarischen Kinder und Halberwachsenen. Die Mittel jedoch, die angewendet werden, um dem Schundgift entgegen zu arbeiten, müssen wir als vollkommen unzulänglich, zum Teil geradezu verfehlt betrachten. Ihr „Kampf“ trifft nur die Symptome der Krankheit und nicht den inneren Kern, nur die kleinen Händler und nicht die Schundver-

leger. — Wirksame Bekämpfung ist nur möglich durch Abgabe guter Bücher und Schriften zu verbilligten Preisen, durch kräftigen Ausbau der öffentlichen Bibliotheken und Angliederung von kleinen Ausleihstellen, durch Einrichtung von gut gewärmten, sauberen Bücherhallen und Unterhaltungsräumen für Jugendliche und Kinder, durch eine umfassende und durchgreifende Schulreform im Sinne der Arbeits- und Gemeinschaftsschule. Der wesentliche Schlag aber gegen die Schundliteratur kann innerhalb des bürgerlichen Staates überhaupt nicht geführt werden, denn er müßte bestehen in der ra-

deutlich, daß bei dem Urteil über Schund, Klasseninteressen mitsprechen. Für uns revolutionäre Arbeiter sind die meisten Stücke der Volksschul-Lesebücher, ein großer Teil der Schulbibliotheken absoluter Schund. Nicht nur wegen ihres ausgeprochenen reaktionären, monarchistischen, clerikalen, nationalistischen Inhalts, sondern auch weil sie unter dem Schein des unpolitischen, der Neutralität in Weltanschauungsfragen, den typisch kleinbürgerlichen Geist, bürgerliche Moralität, bürgerliche Welt- und Gesellschaftsauffassung pflegen. Für uns ist nicht nur das Schund, was an die rohen Instinkte des dumpfen Geschlechtstriebes, des Sensationsbedürfnisses, der Gemaltätigkeit appelliert, sondern auch das, was geeignet ist, Vorstellungen, Empfindungen und Willensregungen hervorzurufen, die einer überwundenen gesellschaftlichen Epoche angehören, die den Aufstieg und den Kampf der Arbeiterklasse zu lähmen geeignet sind.

Aus diesen beiden Tatsachen:

- a) der Unzulänglichkeit der bürgerlich-reformistischen Schundbekämpfung;
- b) unserer proletarisch-revolutionären Auffassung von Schundliteratur

ergibt sich für uns folgende praktische Stellungnahme:

1. In der Presse und den öffentlichen oder Elternversammlungen, die zu diesem Zwecke einberufen werden, ist der reformistische unzulängliche Kampf gegen den Schund scharf zu kritisieren und die Forderungen aufzustellen nach Ausbau der öffentlichen Bibliotheken, Einrichtung von einer ausreichenden Zahl von Lesezimmern und Unterrichtsräumen, ev. durch Beschlagnahme leerstehender oder nur dünn bewohnter Bourgeoisillen, ferner Schulreform im Sinne unserer Forderungen. Eine Zensur der Buchverlagstätigkeit und der Buchhandlungen durch öffentliche Organe oder sogenannte Bildungsverbände ist von uns vorläufig abzulehnen, solange, als die ausführenden Organe bürgerlich sind. Die Kontrolle der Literatur muß unter allen Umständen eine proletarische sein.

2. Es muß verlangt werden, daß in den Kommissionen zur Ausarbeitung von Listen guter Schriften, bzw. von Schundlisten, die Vertreter der proletarischen Organisationen mit bestimmendem Einfluß zugezogen werden. Im einzelnen müssen wir verlangen, daß unsere kommunistische Kinder- und Jugendliteratur in die Liste der guten Bücher aufgenommen wird. Bei den Buchausstellungen müssen die kommunistischen Kinder- und Jugendzeitschriften und Bücher mit ausgestellt werden.

3. Die Schundliteraturbekämpfung ist unnütz, wenn sie nicht in der Schule selbst beginnt. Wir verlangen deshalb die sofortige Abschaffung und Vernichtung der alten Lesebücher, Geschichtsbücher, Rechenbücher, ganz besonders aber Reinigung der Schulbüchereien von florilem, nationalem und monarchistischem Schund.

„Einheitsfront“

Eine Fabel aus dem Russischen

„Wenn Kameraden zankend sich verschreien,
Kann ihre Sache niemals gut gedeihen,
Sie wird vielmehr zur großen Qual.“ —

Es war einmal:

Ein Schwan sah mit gelindem Schrecken
Im Leichschlamm einen Karren stecken.
Dum sprach zum Krebs er und zum Hecht:
„Wir wollen mit vereinten Mühn
Den Karren aus dem Schlamm ziehn.
Ist euch das recht?“ —
„O ja, das ist ein feiner Plan!“ —
Bald zogen Hecht und Krebs und Schwan
Mit aller Kraft je ihren Strick.
Hopplal! Da ging der Krebs zurück,
Und weil der Hecht zur Tiefe zog,
Der Schwan jedoch nach oben slog,
Blieb ihre Arbeit ohne Zweck.
Der Karren steckt noch jetzt im Dreck!

dtikalen Unterdrückung der privaten Verlegergeschäfte, zum mindesten deren genaue Kontrolle durch das Klassenbewußte Proletariat.

Was ist überhaupt Schund?

Das Organ der sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungs-Ausschüsse behauptet: „Schund hat mit feiner Weltanschauung Berührung, er ist Anhäufung von Inzifanten und Reizen lediglich zu Geschäftszwecken“. Mit dieser rein formalen ethisch-ästhetischen Wertung ist natürlich heute im Kampfe der Klassen nichts anzufangen. Wir haben Beweise genug aus der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, worin die kommunistische Jugend- und Kinderliteratur nicht nur als Schund, sondern als Verbrechen am Kinde bezeichnet wird, daß man uns nicht als politische, sondern als gemeine Verbrecher dafür bestrafe. Wir sehen hier ganz

an künstlerischen Veranstaltungen teilzunehmen, von denen ein unvergesslicher Eindruck bleibt. Veranstaltungen, die deshalb so nachhaltig wirken, weil bei ihnen die Kunst mit der Politik genial und natürlich verbunden ist. Zu diesem Ereignis verhilft ein Künstlerphänomen, der russische Geiger Sörmus, der sich in wenigen Jahren beinahe einen Welttrium zu schaffen vermochte.

Wie erklärt sich die beispiellose künstlerische und politische Wirkung, die dieser „bolschewistische“ Künstler auf proletarische Zuhörer ausübt? Hierauf kann nicht kunst-theoretisch geantwortet werden. Antworten soll viel besser eine Besprechung des 6. Sörmus-Konzertes in Leipzig. In ihr gibt Genosse Dr. Rudolf Franz folgende treffende Charakteristik:

„Die Besucher unseres 6. Sörmus-Konzertes waren nicht minder enthusiastisch als die der früheren, und ihre Masse befähigte sie zu einer großartigen Kundgebung. Für die Kunstpolitik der KPD ist das glänzend gelungene Experiment eine vollkommene Rechtfertigung. Wir haben im letzten Winter die rein ästhetische, das Bürgertum kopierende Kunstpolitik des sozialistischen Arbeiterbildungsinstituts scharf kritisiert. Der Theorie haben wir nun die Praxis, der Negation das positive Beispiel folgen lassen. So muß es gemacht werden, wenn man die Arbeiterschaft, wenn man die Massen ergreifen will. Um Lessings Wort über Kunst und Natur zu variieren: Kunst und Politik sei wie aus einem Stück; wenn Kunst mit Politik sich wandelt, hat Politik mit Kunst gehandelt.“

Freilich ist Sörmus eine Ausnahmeerscheinung, eine Persönlichkeit von einziger Art. Erlesener Künstler, Beherrscher der Technik, reiner Musiker, hingebender Diener seines Instrumentes, das doch wieder nur ihm dient, dem Kernengebilde, das man Seele nennt. Dies alles würde vollauf hinreichen, um einen großen Virtuosen, ja einen wahren Künstler im Sinne der Bourgeoisie zu bilden. Aber das Proletariat kann sich damit nicht zufrieden geben.

Und Sörmus gibt dem Proletariat mehr, gibt ihm, was es braucht. Sörmus besitzt die glücklichste Gabe, zwischen Kunst und Leben und damit zwischen sich und seinen Hörern nicht nur jene Fäden zu knüpfen, die für den Bedarf des bürgerlichen Konzertsales ausreichen, sondern die starken Ketten zu schmieden, an denen die internationale Solidarität des Proletariats für alle Zeit verankert sein wird. Sörmus spielt nichts, wo für er nicht vorher mit bereiten Worten das Interesse und den Instinkt seiner Hörer wachgerufen hätte. Ob Bach oder Mozart, ob Schumann oder einen Russen, ob ein Volkslied oder eine revolutionäre Melodie — immer findet Sörmus die lebendigste Beziehung zur Gegenwart und zu den Anwesenden heraus. Alles wird ihm zum Symbol, ob es nun das Zusammenwirken des deutschen Pianisten auf dem deutschen Flügel mit dem russischen Geiger auf dem russischen Instrument ist oder — wie gestern beim Anhören der Internationalen — das Rachefern der mitfühlenden Massen nach dem Vorgang des gemischten Chores: ein Sinnbild revolutionären Vorkämpfertums und seiner mitreißenden Wirkung.“

Das Bedeutsamste also ist, daß Sörmus seine Kunst wirklich in lebendigste Beziehungen zur Gegenwart seiner Zuhörer zu setzen weiß. Es mag neben ihm noch einige Violin-Virtuosen geben, die rein als Künstler auf ihrer Geige mit Sörmus zu wettern vermögen; das ist nicht das Wesentliche. Daß es außer ihm keinen europäischen Künstler gibt, der seine Kunst so in unmittelbare Verbindung zu den ursprünglichen Leiden und Freuden des Proletariats zu bringen vermag, das läßt uns diesen großen Künstlermenschen aus tiefer Sehnsucht nach solchem Emporführenden willkommen heißen.

Goermus steht selber ganz im Banne seiner Kunst und dient ihr ganz; eben weil er sich ihr als ganzer Mensch hingibt, vermag er damit zugleich der proletarischen Menschheit wertvollster Diener zu sein.

Otto Müller

Der rote Geiger.*)

Im Hinblick auf die Sörmus-Konzerte.

Die deutsche Revolution ist arm an erhebenden Momenten. Ihr schwerer, schleppender Gang bietet wenig Voraussetzungen für große und romantische Ereignisse. Sie enthält wenig fruchtbaren Mutterboden für die Entfaltung großer Energien und heldenhafter Sattkraft der Proletarier. Die notwendige Arbeit für die Partei, und die vielen kleinen persönlichen Opfer, die das Interesse der kommunistischen Bewegung erheischt, verlangen vielmehr nach jenem Heroismus des Alltags, der noch schwerer aufzubringen ist, als eine plötzliche fühne Tat, die in einer ungewöhnlichen Begeisterung vollbracht werden kann. Dieser alltägliche Heroismus ist um so schwerer zu erbringen, als der Proletarier an ein erbärmliches Dasein gebunden ist und vom täglichen Existenzkampfe so belastet wird, daß sein Sinn für die großen Konturen revolutionärer Ereignisse notwendigermaßen unentwickelt bleiben muß.

Wenn man theoretisch an die Frage herangetreten wäre, ob es möglich sei, durch irgendwelche Veranstaltungen der Arbeiterschaft ihr zu wirklich geistig erhebenden Momenten zu verhelfen, so hätte die Antwort in der Theorie recht zwiespältig ausfallen können. Es ist schon viel über revolutionäre Bühnenwerke, Massenaufführungen und über die verschiedenen Auslegungen des sogenannten Proletkult gesprochen worden, ohne daß je etwas Wesentliches davon Wirklichkeit werden konnte. Das Gewaltige, aus irgend einer arrangierten Veranstaltung herausgewachsene revolutionär-dramatische Ereignis ist beharrlich ausgeblieben. Erst gegenwärtig hat die deutsche Arbeiterschaft eine Gelegenheit

*) Am 21. Oktober hat die Dresdener Arbeiterschaft in dem in den „Freibriefen“ Besprochenen, stattfindenden Künstlerkonzert Gelegenheit, den roten Geiger, Genosse Sörmus, zu hören. Er füllt den größten Teil des Programms mit seiner Kunst aus. Beginn des Konzerts abends 7/8 Uhr. Eintrittskarten sind fast in den meisten Betrieben bei unseren Vertrauensleuten zu haben.

Wie groß ist die Welt?

2

Im vorigen Gespräch mit einem aufklärten Arbeiter haben wir zu seinem Erstauen festgestellt: Die heutige Wissenschaft hält die Welt nicht für unendlich, sondern für endlich, ja sie kann sogar grob ihre Größe angeben. Ebenso wird der Begriff der Ewigkeit, das heißt der Unendlichkeit der Zeit sowohl nach früher, als auch nach später verworfen.

Wie ist dies möglich? Bedeutet es nicht einen Rückschritt der Wissenschaft? Will es nicht sagen, daß die heutigen Naturforscher durch und durch reaktionär sind? Haben sie nicht die Wissenschaft, wie es einst im Mittelalter der Fall war, in den Dienst der Kirche gestellt? Wollen sie nicht die Massen wieder glauben lassen, daß diese angeblich endliche Welt von Himmel und Hölle, Paradies und Fegefeuer umgeben ist, daß sie von einem Schöpfer, von Gott geschaffen wurde?

Die Arbeiter sind mehr als berechtigt, der bürgerlichen Wissenschaft gegenüber mißtrauisch zu sein. Diese eilt immer bereitwillig dem Kapitalismus zu Hilfe, wenn es gilt, das Kapital zu schützen und das Proletariat gefügig zu machen. Sei es durch giftige Gase oder durch die Erbringung des Beweises, daß das Sägespähnebrod vortrefflich die Gesundheit fördert.

Und doch, wer daraus schließt, daß auch in der Frage, ob die Welt räumlich und zeitlich unendlich ist, die Wissenschaft sich reaktionär eingestellt, begeht einen schweren Irrtum. Gerade im Gegenteil! Es gehörte viel Mut dazu, diese neue Auffassung gegen die Jahrhunderte lang in der Naturwissenschaft hergebrachte zu vertreten und durchzusetzen gegen den Ansturm der geeinten offiziellen Wissenschaft, der Universitätsprofessoren, die die Vorkämpfer dieser umwälzenden Lehre Karren und Bellschweifen schimpften.

Die hergebrachte Anschauung stellt sich die Welt, die entweder unmittelbar durch unsere Sinne oder mittels Instrumente (wie Fernrohr, Mikroskop usw.) wiederum durch die Sinne von uns wahrgenommen wird so vor, daß sie in den Raum hereingebettet ist. Das kommt davon, daß man den Begriff des Raumes dadurch gewonnen hat, indem in Gedanken von den Dingen ihre Farbe, Schwere, eine Eigenschaft nach der anderen abgenommen wurde, bis nur Größe und Form — die räumliche Ausdehnung übrig blieb. Durch Verallgemeinerung dieser Eigenschaften gewannen sie in unseren Köpfen eine gewisse Selbständigkeit. Zuletzt hat die Fachwissenschaft Raumlehre (Geometrie) den Raum so gedacht, als ob er selbständig wäre. Die Dinge könnten man wegdenken, ja wegnehmen und der Raum bliebe dennoch da. Aber gerade dadurch kam nach und nach die Wissenschaft dahinter, daß sie mit der Lösung des Raumbegriffes von den wirklichen, das heißt auf unsere Sinne wirkenden Dingen, zu weit gegangen ist. So wurde zuletzt die Möglichkeit einer anderen Raumauffassung als die üblich-hergebrachte, zugegeben. Man urteilte etwa folgendermaßen:

Angenommen, es gäbe eine Art winziger Schildkröten, die auf einer großen glatten Kugeloberfläche leben würden und Sinne hätten, die ihnen nur die Ausdehnung nach Länge und Breite, aber nicht nach Höhe oder Tiefe kundgeben, sie würden sich den Raum als in der Kugeloberfläche bestehend denken. Ihre ganze Welt läge in einem solchen Raum von zwei Ausdehnungen. Und der kürzeste Abstand zwischen zwei Punkten dieser merkwürdigen Schildkrötenwelt, der den Schildkröten für gerade gelten würde, wäre krumm für uns (einer der größten Kreise der Kugel). Nachdem würde eine Schildkrötenraumlehre ebenso wie die unsere aussehen — so lange sich nämlich unsere gelehnten Schildkröten nicht zu weit von ihrem Wohnort auf der großen Kugel entfernen würden, oder solange sie nicht allzugenäue Meßinstrumente besitzen würden. Wenn aber dieser Fall eintreten würde — dann gäbe es eine feine Revolution in der Schildkrötenwissenschaft! Alles was man den kleinen Schildkröten-Jungen und -Mädels in der Schule Jahrgundernde lang gelehrt hatte, würde seine Gültigkeit als „ewige Wahrheiten“ verlieren. Es würde jetzt nur gelten für einen begrenzten Bereich und auch da nur angenähert. Für die gesamte Schildkrötenwelt wäre es aber mit der Raumlehre so bestellt, daß z. B. in einem Dreieck die Summe der drei Winkel keineswegs zwei rechten Winkeln gleich wäre, wie sie es anfangs angenommen haben, (und wie es in unserer irdischen Raumlehre der Fall ist) sondern, daß die Winkelsumme immer größer als zwei Rechte wäre. Und dieses Mehr wäre desto größer, je mehr Platz das Dreieck auf der Kugel einnehmen würde. Bei genügender Entwicklung ihrer Raumlehre würden die Schildkrötengelehrten aus diesem Umstand schließen, daß ihre Welt krumm ist, ja sogar den Durchmesser dieser Welt berechnen können. Und bei entsprechender Entwicklung des Begriffs von der Welt würde dies die Erfahrung bestätigen: Die Schildkrötenwelt ist endlich aber unbegrenzt, man kann nur sie herum kommen bis zum Ausgangspunkte, ohne an Seiten zu stoßen.

Könnte es nicht ähnlich auch mit unserer lieben Welt so bestellt sein? Wenn wir genauere Meßinstrumente hätten, oder wenn wir weitere Entfernungen als die „geringen“ in unserem Planetensystem messen würden, würde sich da nicht auch herausstellen, daß unsere Raumlehre unzulässig ist, daß sie nur für unseren kleinen Bereich und nur angenähert gilt? Würden wir nicht — trotzdem daß wir uns sinnlich keine Vorstellung davon machen können — schließen müssen, daß unsere Welt gekrümmt ist, würden wir nicht sogar ihren Durchmesser berechnen können? Wäre die Welt dann nicht zwar endlich, aber unbegrenzt? Diese Fragen konnte man

eine entsprechende Erfahrung beantworten. Und diese Erfahrung ist bereits da, von ihr das nächste mal weiter.

Die verhängnisvolle Sympathie.

Es war Winter. Eiskalt pfiff der Wind durch die Straßen und rüttelte böswillig an den Fenstern der Häuser, daß die Fenster Scheiben klirren. Niemand aber wurde seine beißende Schärfe unangenehmer empfunden als in den Arbeitervierteln. Dort fehlte es allenthalben am Heizmaterial und, wo es vorhanden war, nützte es nicht viel, denn die von christlicher Nächstenliebe über-vollen Hauseigentümer hatten zwar jahraus, jahrein die Mietsen pünktlich eingekassiert, dafür aber weder Fenster-scheiben einsetzen noch halbverfallene Defen Instand setzen lassen, so daß zum Erwärmen einer Proletenstube mehr Kohlen nötig waren, als für einen luxuriös ausgestat-teten Passagierdampfer der Hamburg-Amerika-Linie.

Mitten in diesem Winter brach nun zu allem Unglück der Metallarbeiterstreik aus und, weil bekanntlich ein Unglück selten allein kommt, erhielten die Streikenden trotz fünfundsiebzigjähriger Verbandzugehörigkeit „nicht einen Sechser Streikunterstützung, denn sie be-

Plutokratische Philosophie.

Wir haben die Gesetze geschrieben, um das Proletariat ausbeuten zu können — zieht ihm die Haut ab. Wir kontrollieren den Markt, um die Preise erhöhen zu können. — erhöht sie. Wir kontrollieren die Lagenpreise — läßt nach Herzenslust.

Wir führen die Polizei an, wenn unsere Sklaven streiken. — schlägt mit den Knüppeln drein.

Wir sagen den Richtern, wie sie zu urteilen haben, verurteilt ruhig weiter.

Wir haben das Geld und werden noch alles Geld einstecken, das es zum Einstecken gibt.

Alle andern aber sollen zur Hölle fahren.

Aus dem Amerikanischen von Germaine Zur Wühlen.

landen sich in einem sogenannten „wilden“ Streik. „Wilden Streik“ nennen die Heiligen von der christlich-bürgerlich-kapitalistischen Arbeitsgemeinschaft jede Arbeitseinstellung, die nicht von den „Arbeitervertretern“ genehmigt ist, also wider die Gebote der alleinseligmachenden, völkerverfreienden Gewerkschaft verstößt. Weil also die sonst wilkährigen, wohldisziplinierten Metallarbeiter ohne vorherige Verhandlung mit ihrem betruenen und bewährten Führer eigenmächtig handelten, wurde ihr oberster Kriegsherr wild und erklärte den Streik als einen wilden. Es versteht sich von selbst, daß darüber die Metallarbeiter äußerst erobost wurden und sich in wilden, ausfälligen Schimpfereien gegen den sonst allgemein beliebten und geachteten Vertreter ihrer Interessen ergingen. Sie fanden jedoch nicht den Mut, die Folgerung aus dem Vorfall zu ziehen.

„Ich gebe jetzt ins Gewerkschaftshaus zum Genossen Frisch“, sagte Gustav Krause zu seiner abgehärmten, ausgemergelten Ehefrau, die an Schwindsucht leidend, in einem dürrigen Bette lag und mit den Zähnen klapperte.

„Ich kann's nicht mehr ansehen, wie du und die Kinder leiden müßt. Dreißig Jahre zahlte ich meine Beiträge. Sie müßten mich unterstützen, und wenn es nur für etwas Kohle und Brot reicht.“

Gustav Krause ging also nach dem Gewerkschaftshaus. Im Zimmer 37 lag sein Führer.

„Was wollen sie denn, herrsche der ihn kurz an, ohne von seiner Arbeit anzulehen.“

„Ich möchte um etwas Unterstützung bitten, Genosse.“

„Was, Unterstützung? Ist Ihnen nicht bekannt, daß es bei wilden Streiks keine Unterstützung gibt?“

„Boh! wohl, Genosse! Aber meine lungentranke Frau und die hungrigen fünf Kinder.“

„Ja, das müßten Sie vorher wissen, ehe Sie sich in den Streik hegen ließen.“

„Ich lasse mich nicht verheizen, aber was Recht ist muß Recht bleiben. Genosse, ihr habt die Sache diesmal gar zu falsch gesehen.“

„Ob ein Streik angebracht ist, darüber zu entscheiden, müßt ihr schon eurem Vertreter überlassen. Aber sei es nun, wie es wolle. Eine Unterstützung gibt es nicht!“

„Meine tranke Frau braucht eine warme Stube und hier, die fünf Kinder ebenfalls.“

„Das ist alles verständlich. Ich sehe das auch ein, aber wie gesagt, Unterstützung gibt es nicht.“

„Kann keine Ausnahme gemacht werden, Genosse? Holte dreißig Jahre zahlte ich regelmäßig meine.“

„Schon gut, schon gut, Krause. Sie sind ein eifriges und treues Mitglied des Verbandes. Aber Ausnahmen kann ich keine machen. Ich muß mich streng an die Befehle halten. Es tut mir ja leid um Sie und Ihre Familie, aber —“

„Nun, nichts für ungut, Genosse. Auf Wiedersehen!“

„Auf Wiedersehen Krause. Hoffen wir das Beste. Meine vollste Sympathie haben Sie.“

Als Krause gegen acht Uhr abends nach Hause kam, riefen ihm fünf hungrige Kinderwäcker zaghaft entgegen: „Papa, hast du Brot mitgebracht?“

„Da kramte die Frau nach dem Bette der todkranken, fiebernden Frau. Schwitzend barg er das Haupt in das Kissen, und fühlte, wie eine magere heiße Hand über seine Schläfen strich. Mühselig, mühselig und töd-

lich zugleich.

Am anderen Tage war die losende Hand kalt und starr. Die Mutter von fünf hungrigen Kindern hatte ausgedient.

„Sie hätten ihr warmes, nahrhaftes Essen geben sollen“, sagte der Arzt und ging.

Der Wind pfiff heulend ums Haus. Frierend standen fünf hungrige Kinder ums Bett der Toten.

Es war im Sommer. Die Oder entlang ging schwerveran Schrittes und gebeugt ein Mann. Fünf Kinder folgten ihm.

„Dank, gehen wir die Mutti besuchen?“ fragte das Kleinste, das hinter ihm hertrippelte.

„Ja, wir gehen nach dem Friedhof!“

„Hilf! Hilf! — Hilf!“

Krause horchte auf. War das nicht die Stimme des Genossen Frisch?

Gilgigt rannte er ans Ufer. Wahrhaftig, dort rang jemand mit den türkischen Wellen. Es war sein Führer.

„Hilf! Hilf! Ich ertrinke!“

Krause begann sich rasch zu entkleiden.

Der Ertrinkende erkannte ihn.

„Krause, Hilf! Schnell, schnell!“

„Gelt Vater, wenn du ertrinken würdest, hätten wir niemanden mehr, der uns Brot gibt“, sagte die vier-jährige Lotte und häschte mit ihrem Händchen nach ihm.

Da verzerrten sich seine Gesichtszüge. — War er verrückt geworden, besessen? — Ein Verbrechen wär es, die Kinder zu Vollwaisen zu machen!

„Nein Genosse, ich darf dich nicht retten. — Vielleicht rettet dich ein anderer. — Hoffen wir das Beste! — Nichts für ungut! — Meine vollste Sympathie hast du, Genosse! — Auf Wiedersehen!“

Das führerlose Flugzeug.

Nachdem die Idee des Flugzeuges ohne Motor jetzt für die Praxis Bedeutung gewonnen hat, besteht das nächste große Ziel auf dem Weg zur völligen Beherrschung der Luft in der praktischen Verwirklichung des schon bisher energisch verfolgten Gedankens eines vom Führer unabhängigen Flugzeuges. Der französische Ingenieur Bercheron, der sich der Lösung dieses Problems widmet, ist zur Zeit auf dem Flugplatz von Stampes mit Versuchen beschäftigt, die Erfolg zu versprechen scheinen. Das Flugzeug, das ohne Führer aufsteigt, wird auf funktentelegraphischem Wege von einem auf der Erde zurückgebliebenen Piloten geleitet, der bequem in seinem Sessel vor einer Kassatur sitzt und durch Niederdrücken der Tasten dem 50 bis 100 Kilometer von seinem Standort entfernten Flugzeug Direktiven gibt, die dieses mit untadeliger Glattheit ausführt. Der Apparat, mit dem die Versuche gemacht werden, ist ein großer Zweidecker aus Metall, der mit einem Motor von 300 Pferdestärken ausgerüstet ist. An der Stelle für die Sitze der Piloten und des Beobachters sind verschiedene komplizierte Apparate aufgestellt; ein Empfänger, ein mechanischer Stabilisator, ein Hilfsmotor, der die Zuführung der Gase und die Zündung reguliert und das Steuer betätigt. Unter dem Gefänge des Trägerwertes befindet sich eine radio-telegraphische Antenne und ein Anker; denn die Landung bildet den eigentlichen Angelpunkt des Problems. Bercheron glaubt, das Problem mit Hilfe des Ankers lösen zu können, der im geeigneten Augenblick herabgelassen, sich in einen bestimmten Neigungswinkel stellt, wie ihn der an Land befindliche Pilot wünscht. Wenn der Anker den Boden faßt, wird der Motor angehalten, während die Stellung des Ankers mechanisch die des Seitenruders bestimmt, um eine normale Landung zu ermöglichen. Die Versuche sind, wie die Pariser Blätter mitteilen, noch nicht abgeschlossen.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Partie Nr. 13.

Französische Partie.

gespielt am 8. Februar 1910 im Arbeiter-Schachklub Berlin.

Weiß: F. Feierabend.

Schwarz: K. Franke.

1. e2—e4	e7—e6	20. Sc3—e2 ⁴⁾	Th8 × h6
2. d2—d4	d7—d5	21. g5 × h6 ⁴⁾	Kg7—h7
3. Sb1—c3	Sg8—f6	22. Dd3—e3	g6—g5!
4. Lc1—g5	Lf8—e7	23. Th1—h5	f5—f4
5. e4—e5	Sf6—d7	24. De3—d3 ¹⁾	Kh7—h8
6. Lg5 × e7	Dd8 × e7	25. Se2—d4	Ld7—e8
7. Lf1—d3	0—0	26. Sd4 × c6	b7 × c6
8. Sg1—f3	a7—a6	27. Th5—h2	g5—g4!
9. h2—h4 ²⁾	17—f5	28. Sf3—d4	c6—c6
10. g2—g4 ³⁾	c7—c5! ³⁾	29. Sd4—e2	c5—c4
11. d4 × c5	Sd7 × c5	30. Dd3—d4	f4—f3
12. g4—g5	g7—g6	31. Se2—e4	De7—g5
13. Dd1—e2	Sc5 × d3	32. Kc1—d1	Le5—f7
14. De2 × d3	Sb8—c5	33. Sf4 × d5 ⁵⁾	Tg8—d8
15. 0—0—0	Lc8—d7	34. Dd1—e3	Td8 × d5 ⁶⁾
16. h4—h5	Kg8—g7	35. Kd1—c1	Dg5 × e3 ⁴⁾
17. h5 × g6	h7 × g6	36. f2 × e3	Td5 × e5
18. Th1—h6	Tf8—h8	37. Th2—d2	Td5—d5
19. Td1—h1	Ta8—g8		

1) Die Einleitung eines ansichtslosen Angriffs, der aber nicht richtig fortgeführt wird und der an der unrichtigen Verteidigung des Königsfeldes scheitert.

2) In übereilt gespielt. Diese Situation wiederholt sich in der französischen Partie öfters und wir halten hier die Fortsetzung 10. Se2 für richtiger. Auf 10. c5 könnte dann 11. c3 gefolgt werden und der Abtausch des starken Läufers auf d3 würde vermeiden.

3) Berechnung. Es droht nun c4 und der Läufer muß sein gutes Standfeld verlassen. Weiß entschließt sich daher zum Abtausch auf c5, wodurch aber das schwarze Spiel sehr erleichtert wird, weil der Springer von d7 jetzt das gute Feld c5 erreicht und Schwarz Bewegungsfreiheit erhält.

4) Der Versuch, den Angriff durch Sf4 zu verstärken, gelingt nicht. Schwarz verteidigt sich recht stark.

5) Durch g4—g3 droht die weiße Stellung nach zusammenzubrechen. Das Springergeschütz ist ein Bitt, auf den sich der schwarze König stützt. Nach 33... e × d5, 34. c5—e6, hätte Weiß noch Ansetz zum weiterspielen.

Alle Anfragen sind zu richten an

Oskar Lorenz, Albrechtstr. 12.